

15/SN-266/ME

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

WIEN, I.,
WEIHBURGASSE 10 - 12
POSTANSCHRIFT:
POSTFACH 213
1011 WIEN

Unser Zeichen

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Wien

Dr.D/Ma/1641/86

11. 9. 1986

St. Müller

Betrifft:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Familienlastenausgleichs-
gesetz 1967 geändert wird.

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi	51 - GE 9 86
Datum:	17. SEP. 1986
Verteilt	19.9.86 fe

In der Anlage übermittelt die Österreichische Ärztekammer
25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines
Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz
1967 geändert wird, zur do. Kenntnisnahme.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prim. Dr. M. Neumann

Präsident

Beilagen

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTEKAMMER

Körperschaft öffentlichen Rechts

Mitglied der World Medical Association

An das
Bundesministerium für Familie,
Jugend und Konsumentenschutz

Himmelpfortgasse 9
1015 Wien

WIEN, I.,
WEIHBURGASSE 10 - 12
POSTANSCHRIFT:
POSTFACH 213
1011 WIEN

Unser Zeichen

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Wien

Dr.D/Ma/1641/86 14.7.86 GZ.23 0102/
2-II/3/86

10. 9. 1986

Betrifft:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Familienlastenausgleichs-
gesetz 1967 geändert wird.

Die Österreichische Ärztekammer erlaubt sich zu o.a. Entwurf
folgende Stellungnahme abzugeben:

Es wäre wünschenswert, daß die Untersuchungen für den Mutter-
Kind-Paß lediglich von freipraktizierenden Vertragsärzten und
Einrichtungen der Vertragsärzte und nicht von Schwangeren- und
Mutterberatungsstellen oder eigenen Einrichtungen der Kranken-
versicherungsträger durchgeführt werden.

Nach der im § 35 Abs. 3 vorgesehenen Regelung soll der zwischen
dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
und der Österreichischen Ärztekammer abzuschließende Gesamtver-
trag zur Regelung der Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen und
-Leistungen zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Bundesministers
für Familie, Jugend und Konsumentenschutz bedürfen.

Nach Ansicht der Österreichischen Ärztekammer kompliziert diese
Regelung die administrative Sicherstellung der Untersuchung un-
nötig.

Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ist aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung hinreichend kompetent, um derartige Verträge mit den Ärzten abzuschließen.

Weiters würde eine solche Genehmigung den einzigen Fall in diesem Bereich darstellen, wo ein privatrechtlicher Vertrag zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung durch einen Dritten bedürfte.

Aus den angeführten Gründen spricht sich die Österreichische Ärztekammer gegen die angestrebte Regelung aus.

Im § 35 Abs. 3 heißt der 3. Satz:

"Die Bestimmungen der §§ 338 bis 351 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des § 181 des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 559/1978, des § 193 des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 560/1978, und des § 128 des Beamten-, Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 201/1967, gelten sinngemäß."

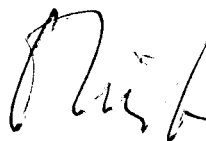
Im früheren § 34 a Abs. 3 war noch folgender Halbsatz enthalten:

"... mit der Maßgabe, daß die Gültigkeit der demnach abgeschlossenen Einzelverträge davon abhängt, daß jeweils mit allen dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger angeschlossenen Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung derartige Einzelverträge bestehen."

Die Österreichische Ärztekammer schließt daraus, daß das Vorliegen eines kurativen Einzelvertrages nicht mehr Voraussetzung für die Berechtigung zur Erbringung von Mutter-Kind-Paß-Leistungen für Rechnung der Krankenversicherungsträger sein soll.

Sollte diese Interpretation nicht richtig sein, dann er-
sucht die Österreichische Ärztekammer um Präzisierung dieser
Gesetzesstelle.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Prim. Dr. M. Neumann
Präsident



P.S. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem
Präsidium des Nationalrates zugeleitet.